

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 19

Köln, den 8. Mai 1931

32. Jahrg.

## Agrarzoll und Arbeiterinteresse.

Die deutsche Landwirtschaft besitzt einen Produktionswert, der weit über den Werten bekannter Großindustrien liegt. In der deutschen Landwirtschaft lebt fast der vierte Teil der Gesamtbevölkerung. Diese beiden Tatsachen genügen, um jedem die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere Volkswirtschaft klarzumachen. Die Rentabilität der Landwirtschaft ist verlorengegangen. Die Not der Landwirtschaft ist eines der aktuellsten Gegenwartsprobleme. Für den deutschen Binnenmarkt ist es nicht gleichgültig, ob eine kaufkräftige Landwirtschaft den Absatz industrieller Erzeugnisse gewährleistet, oder ob infolge mangelnder Kaufkraft industrielle Werke zu Produktions-einschränkungen und Stilllegung kommen müssen. Die enge wirtschaftliche Verflechtung von Landwirtschaft und Industrie, von Landwirtschaft und Arbeiterschaft ist damit angedeutet. Begründet ist damit auch unser Interesse an dem Agrarproblem, das zur Zeit einer der Kernpunkte innerpolitischer Geschehens ist. Wenn die Reichsregierung seit dem bekannten Brief des Reichspräsidenten an den Kanzler, in dem auf die Notwendigkeit rascher und großzügiger Hilfe für die Landwirtschaft und insbesondere den deutschen Osten hingewiesen wurde, eine Reihe von Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet hat, die auf der anderen Seite eine fühlbare Belastung der übrigen Bevölkerung darstellen, dann haben diese Hilfsmaßnahmen bisher Verständnis und Billigung gefunden, so lange sie ein erträgliches Maß nicht übersteigen. Diese Einschränkung muß hinzugefügt und jetzt besonders unterstrichen werden, weil man im Begriffe steht, zugunsten der Landwirtschaft der übrigen Bevölkerung weitere Belastungen aufzubürden.

Die Rentabilität der Landwirtschaft wiederherzustellen ist das heiße Bemühen der Regierung. Zoll- und marktpolitische Maßnahmen werden als Mittel dazu benutzt. Im Verlauf der letzten Jahre wurden die Zollwünsche der Landwirtschaft immer dringender, bezüglich der Zollsätze immer höher und das Entgegenkommen der Regierungen immer größer. Gerade im letzten Jahre kann man eine zollpolitische Entwicklung feststellen, die im Vergleich zu den früher üblichen Zollkämpfen märchenhaft ist. Zollerhöhungen für Getreide, Fleisch, Molkeerzeugnisse sind in solchem Ausmaße vorgenommen worden, daß heute der deutsche Verbraucher zum Teil das Vielfache des Weltmarktpreises für Agrarerzeugnisse zu zahlen hat. Nur ein Beispiel! Roggen kostet in Berlin im Januar 1931 = 15,63 RM, in Newyork 6,38 RM. Die Ursache: der Roggenzoll beträgt bei uns 20 RM, der Weizenzoll 25 RM. Sonstige, den Verbraucher belastende Maßnahmen dürfen nicht unerwähnt bleiben: Dermahlungszwang, Einfuhrschemen, Maismonopol, Stützungsaktionen für Getreide und Unterstützungen in barem Gelde aus Fonds und Etattiteln des Reiches und der Länder. In welchem Umfange der Landwirtschaft Hilfe geleistet worden ist und noch wird, stellte Prof. Dessauer am 12. Febr. ds. Js. im Reichstage fest. Singemäß führte er aus:

„Allzuoft wird gerade in der Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes ohne Kenntnis der zahlenmäßigen Grundlagen rein gefühlsmäßig darauflos geredet und dadurch das Übel noch vergrößert. Deutschland beruht wirtschaftlich auf seiner landwirtschaftlichen und seiner industriellen Produktion. Die abgesetzte Nettproduktion der deutschen Landwirtschaft beträgt zwischen 10 und 11 Milliarden, die industrielle Produktion mindestens 33 Milliarden, also reichlich das Dreifache. Von der Gesamtbevölkerung bildet die deutsche Landwirtschaft 23 Prozent, die deutsche Industrie und das Handwerk 41,3 Prozent. Deutschland braucht beide Säulen seiner Pro-

duktion. Deshalb muß eine konstruktive Wirtschaftspolitik auf die gemeinsame Förderung beider, nicht auf die Förderung des einen der beiden auf Kosten des anderen bedacht sein. Die Toleranz der deutschen Industrie, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft gegenüber den landwirtschaftlichen Wünschen, ist beispielgebend. Nach meiner Berechnung werden an öffentlichen Mitteln für die Landwirtschaft aus der Steuerzahlenden und aus der Konsumentenschicht annähernd 4 Milliarden aufgewandt, während für die Industrie die Zusammenstellung dafür nur einen bescheidenen Bruchteil ergibt. So sind die Ziffern in den Etats zugunsten der Landwirtschaft etwa 400 Millionen, zugunsten der Industrie etwa 120 Millionen. Rechnet man das auf die Produktionszahlen um, dann fördert die deutsche Öffentlichkeit zu Lasten der Bevölkerung ihre Landwirtschaft mit reichlich 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nettproduktion, die Industrie vielleicht mit 5 Prozent. Deutschland hat zu Lasten seiner gesamten Konsumentenschicht das am meisten ausgebaute Agrarschutzsystem, das es jemals besaß, und wie es kein anderes Land hat.“

Die Wirkungen der bisherigen Maßnahmen für die Landwirtschaft beginnen sich bemerkbar zu machen. Getreidevorräte befinden sich in nennenswertem Umfange nicht mehr im Besitz der deutschen Landwirte, die dieselben zu weit höheren als Weltmarktpreisen absetzen konnten. Die Verknappung der Vorräte hat bereits zu einer Steigerung der Mehlpreise und als weitere Auswirkung derselben zu höheren Brotpreisen geführt. Angesichts der vom Reichskabinett eingeleiteten Preissenkungsaktion (die leider keine sichtbaren Fortschritte mehr macht) und der zu unserem Leidwesen erfolgreicher durchgeführten Lohnsenkung ist eine gewisse Verlegenheit der Regierung unverkennbar. Sie wird sich nicht auf eine Beobachtung dieser ersten Anzeichen und deren Registrierung beschränken dürfen, sondern muß versuchen, die hier beginnende Bewegung abzubremfen. Andernfalls wäre die bisherige Linie in der Lohnpolitik nicht mehr zu verantworten.

Innerhalb der führenden Wirtschaftskreise macht sich ein verstärkter Widerstand gegen die von Schiele betriebene Zollpolitik und die von ihm gebulbete Verteuerung des Brotes geltend. Nachdem der Reichsverband der deutschen Industrie in einer Eingabe an die Reichsregierung bereits gegen die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle Einspruch erhoben hatte, hat er sich nunmehr gemeinsam mit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände auch mit bemerkenswerter Entschiedenheit gegen die Brotpreiserhöhung ausgesprochen. In diesem Schreiben wird „mit allem Ernst auf die in einer solchen Preiserhöhung liegende Gefahr aufmerksam gemacht“. Mit Recht macht die Eingabe geltend, daß die Bewegung des Brotpreises nicht nur materiell, sondern vor allen Dingen psychologisch zur Zeit von viel größerer Bedeutung sei als in Zeiten normaler Wirtschaftslage. „Eine weitgehende Beunruhigung der Bevölkerung“, so heißt es dann weiter, „die zweifellos die Folge einer wenn auch vielleicht materiell gar nicht so sehr bedeutungsvollen Steigerung der Ernährungsausgaben sein würde, müßte die Durchführung der unbedingt notwendigen Maßnahmen tatsächlich und politisch außerordentlich erschweren. Eine noch stärkere Beunruhigung in der Bevölkerung würde dann eintreten, wenn etwa durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Zollpolitik und des sogenannten Verwendungszwanges auch für andere Lebensmittel Preissteigerungen eintreten würden,

zumal dann Rückwirkungen auf andere Gebiete unvermeidlich sind."

Die Arbeitgeber beweisen mit diesen Ausführungen, daß sie klar erkannt haben, welche Folgen aus einer zollpolitischen Haltung, die zu steigenden Preisen führt, erwachsen. Nach unserer Meinung werden sich dieselben nicht nur auf lohnpolitischem Gebiet einstellen. Zu beachten ist, daß durch wenn auch vorläufig nur geringe Preissteigerungen für unentbehrlichen Nahrungsbedarf das Millionenheer der Arbeitslosen, Wohlfahrtsunterstützten und Sozialrentenempfänger hart getroffen würde. Noch viel bedenklicher aber ist, daß das Vertrauen der Bevölkerung zur jetzigen Regierung einen harten Stoß erleiden, vielleicht sogar gänzlich verlorengehen würde, wenn der sich bemerkbar machenden Preissteigerungstendenz nicht unverzüglich halt geboten wird.

Just in diesem Augenblick meldet sich die Landwirtschaft mit weiteren Wünschen. Am 22. April hat der Reichslandbund durch seinen Präsidenten einen Brief an den Reichskanzler gerichtet, in welchem eine Reihe radikaler Zollforderungen erhoben werden. Unter anderen soll der Zollsatz für Butter von 50 auf 100 RM erhöht werden. Erinnerung ist, daß bei der Erhöhung auf 50 RM im vorigen Jahre um Haaresbreite ein Wirtschaftskrieg mit einigen Nachbarländern entbrannt wäre. In Holland war bereits eine Boykottbewegung gegen deutsche Industrieerzeugnisse eingeleitet, die zu verhindern erhebliche Mühe und viel diplomatisches Geschick erforderlich machte. Jetzt beruft sich die „grüne Front“ auf die der Regierung vom Reichstag erteilte Zollermächtigung und fordert die Verwirklichung radikaler Zollwünsche. Anlässlich der jüngsten Kabinettsberatungen traten in der Tagespresse bedeutendere und wichtigere Fragen vollständig hinter den eifrig diskutierten Zollserhöhungsplänen zurück.

Die Frage, ob Zollserhöhungen allein die in der Landwirtschaft vorhandene Notlage endgültig beheben können, bleibt unbeantwortet. Es ist nicht einmal sicher, ob die bisher verfolgte Zollpolitik wirklich imstande ist, eine auf Grund der Weltmarktlage begründete Preisbewegung dauernd zu verhindern. Bezüglich des Inlandmarktes ist zu beachten, daß große Teile der Bevölkerung sich in mindestens der gleichen, wenn nicht noch größeren Notlage wie die Landwirtschaft befinden. Die im Winter festgestellte Arbeitslosenzahl von 5 Millionen, die nur eine ungenügende Verminderung bisher erfahren hat, bedeutet doch auch für den landwirtschaftlichen Produktmarkt einen ungeheuren Kaufkraftausfall. Die Einkommensverminderung infolge Lohnabbaus ist zahlenmäßig genau nicht feststellbar, kann nur geschätzt werden. Die Schätzungen erreichen aber enorm hohe Summen. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Tatsachen ohne Einfluß auf den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse bleiben und damit wiederum die durch eine Verwirklichung der Zollpläne gehegten Erwartungen illusorisch machen. Eine wesentliche Besserung der Lage der Landwirtschaft ließe sich durch eine bis jetzt allerdings noch recht stiefmütterlich ausgebaute Selbsthilfe herbeiführen. An Vorschlägen und Anregungen für die Landwirtschaft fehlt es wirk-

lich nicht. Eher fehlt es an der inneren Bereitschaft der Landwirte und, — wenn man den Eindruck mancher landwirtschaftlichen Tagung auf sich wirken läßt — vielleicht auch an gutem Willen. Trotzdem bleibt auf diesem Gebiet noch manches nachzuholen, und es muß gefordert werden, daß die „grüne Front“ sich zuerst für einen Ausbau landwirtschaftlicher Selbsthilfe einsetzt, bevor sie weitere Schutzmaßnahmen verlangen kann.

Werden die jetzt verlangten Maßnahmen durchgeführt, dürften Repressalien der in Mitleidenschaft gezogenen Staaten nicht ausbleiben. Ein frisch-fröhlicher Handelskrieg ist uns so gut wie sicher, unter dem dann vorzugsweise die deutsche Industrie und die industrielle Arbeiterschaft zu leiden hätten. Vor der Verwirklichung der geforderten Zollserhöhungen muß darum dringend gewarnt werden, die sich am Ende gegen die Landwirtschaft selbst kehren müßten. Zur Durchführung ihrer Wünsche ist sie auf die Hilfe des Parlaments angewiesen. Große Parteien dürften es sich überlegen, ob sie die jetzt geforderte Zollpolitik unter Mißachtung der Verbraucher- und Arbeiterinteressen unterstützen können. Sehr leicht könnte eine Überspannung der Zollpolitik zu einer entsprechend radikalen Haltung der Arbeiter und Verbraucher führen und die Landwirtschaft in die Isolierung drängen. Der Reichstagsabgeordnete Ehrhardt hat diesen Bedenken im 19. Reichstagsauschuß mit folgenden Bemerkungen, die, so wünschen wir, die weitestgehende Beachtung der Regierung finden mögen, Ausdruck verliehen:

„Wie soll denn Deutschland auf dem Weltmarkt mit seinen Industrieprodukten noch wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir darauf hinarbeiten, daß unsere Lebensmittelpreise schlechthin um das Zwei- und Zweieinhalbfache über den Weltmarktpreisen liegen. Das müßte doch zur Folge haben, daß bei allen Industrien die für den Inlands- und Auslandsmarkt arbeiten und kartelliert sind, die Inlandspreise hochgehalten und die Exportpreise den Weltmarktpreisen angepaßt würden. Das würde eine Verminderung der Kaufkraft der Löhne und der Gehälter bedeuten, oder es müßten die Löhne und Gehälter so niedrig in der Industriewirtschaft gehalten werden können, daß wir noch wettbewerbsfähig bleiben. Welche politischen Kämpfe damit verbunden sein werden, können wir uns leicht vorstellen. Daß wir mit einer solchen Wirtschaftspolitik bestimmt in Handelskriege kämen, ist nicht zu bezweifeln. Dadurch würde die Arbeitslosigkeit ganz sicher noch vermehrt werden. Deshalb möchte ich noch einmal vor einer radikalen Zollpolitik warnen, weil nur schädliche Wirkungen damit verbunden sind.“

Bei allem Wohlwollen gegenüber der Landwirtschaft muß darum gefordert werden, daß nicht allein agrarpolitischen Wünschen Rechnung getragen wird, sondern diese mit allgemein-wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Notwendigkeiten in Einklang gebracht und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte nicht aus dem Auge verloren werden.

## Betrachtungen über das Marktproblem.

Wichtigkeit und Bedeutung des Exports deutscher Erzeugnisse sind uns durchaus geläufig. Die Entwicklung unseres Außenhandels hat große Genugtuung und Befriedigung hervorgerufen. Unser Außenhandel ist aktiv. Wir führen mehr aus als wir einführen. Das bringt den Ausführüberschuß zuwege und bares Geld ins Land. Den konkurrierenden Ländern der ganzen Welt liefern wir den Beweis, daß die deutsche Wirtschaftskraft sich von den bösen Wirkungen des Krieges und der Inflation erholt und ihre frühere Bedeutung und Leistungsfähigkeit erreicht, wenn nicht schon überholt hat.

Ganz ungetrübt ist die Freude über die Entwicklung unseres Außenhandels jedoch nicht. Die handelspolitischen Erfolge sind nämlich zum Teil auf Kosten unseres Binnenmarktes erzielt worden. Man hat nach dem Auslande geliefert, zu Preisen, die für sich allein für die betreffenden Werke nicht rentabel waren. Auslandsgeschäfte allein wären für die Unternehmungen überwiegend Verlustgeschäfte gewesen. Um zum normalen Verdienst zu kommen, legte man als Ausgleich einen entsprechenden Aufschlag auf den Absatz im Inlande. Der Käufer des Binnenmarktes zahlt also zugunsten des Auslandes überhöhte Preise. Dabei handelt es sich um Milliardenwerte. Wenn man nun bedenkt, daß solche Maßnahmen im Wirtschaftsleben immer schraubenartig weiterwirken, wird es erklärlich, daß der deutsche Preisstand allmählich stark überhöht wurde. Deutschland wurde so

eins der teuersten Länder mit immer steigender Tendenz, während die Weltmarktpreise sich fast allgemein stark abwärts bewegten. Das ist mit eine der Ursachen der spezifisch deutschen Wirtschaftskrise.

Natürlich ist hier nicht die einzige Ursache für die überhöhten Preise. Die Kriegstribute allein bedingen einen starken Aufschlag aus sich. Die Gewinne der Industrie sind teilweise immer noch als zu hoch zu bezeichnen. Besonders aber treibt der Handel mit seinen vielen Zwischenspannen, jense für sich zuviel verdienend, viele von ihnen überflüssig, das Preisniveau hoch.

Alles in allem, der Binnenmarkt wurde in den letzten Jahren nicht mit der nötigen volkswirtschaftlichen Sorgfalt behandelt. Die überhöhten Preise haben die Kaufkraft geschwächt, in Wechselwirkung wird entsprechend weniger produziert, es werden neue Mengen arbeitslos, die allgemeine Kaufkraft sinkt noch weiter, wirkt sich wiederum schraubenartig aus . . . einem allgemeinen elenden Ende entgegen.

Nur sucht man den Binnenmarkt zu beleben, einen entgegen-gesetzten Prozeß einzuleiten, indem man die Kaufkraft erhöht, so größere Aufnahmefähigkeit erzeugt, dadurch neue Produktion anregt, weiterhin Arbeitslose aufsaugt, letzten Endes einen volleren wirtschaftlichen Blutkreislauf erwirken will. Der Gedanke ist nicht nur gut, sondern notwendig. Allerdings muß man sich dabei bewußt

bleiben, daß er keine endgültige Heilung bringen kann, sondern nur Erleichterung für eine längere Übergangszeit, bis die unerlässliche Gesamtregelung im weiten europäischen oder weltwirtschaftlichen Rahmen erfolgt ist.

So wird die Preissenkung zum Programm, die Preissenkung mit Hinblick auf alle Möglichkeiten, auch auf eine eventuelle weniger energische Förderung des Außenhandels. Das Problem kann hier natürlich nicht nach allen Richtungen und Auswirkungen hin durchgesprochen werden, nur einige grundsätzliche Anmerkungen seien gegeben.

Der Preis setzt sich im wesentlichen zusammen aus Gesteherungskosten — Handelskosten — Sonderaufschlag — Zwischengewinne. Ein sehr günstiger Punkt bei den Gesteherungskosten sind die Rohstoffpreise. Diese gehen auf den Weltmärkten stark nach unten, können also zur Verbilligung des Endpreises sehr mitwirken. — Die Arbeitslöhne sind im Endpreise nur zu ganz geringfügigem Hundertsatz vertreten. Mit Recht fordern daher namhafte Volkswirtschaftler, nur mit großer Vorsicht an den Abbau in diesem Punkte zu gehen. Es handelt sich hier um eine sehr breite Schicht, der man ein menschenwürdiges Leben möglichst erhalten sollte, zumal ihr Verdienst restlos als Verbrauch — da er kaum weiter reicht — in die Wirtschaft zurückfließt und neue Produktion hervorruft. Diesen vernünftigen Überlegungen hat man im Unternehmertum aber keine Rechnung getragen, sondern gerade hier den Hebel angefaßt. Unkostenenkung gilt meist als gleichbedeutend mit Lohnabbau. Der Gewinnanteil des Unternehmers an den Gesteherungskosten soll normalerweise in wohlwollendem Rahmen bleiben. In Notzeiten aber muß auch die Gewinnquote entsprechende Kürzungen sich gefallen lassen. Die Kapitalbildung ist an sich notwendig und wirkt zur weiteren Stärkung der Wirtschaft weiter. Über die Frage, wo Kapital gebildet werden soll, gehen aber die Meinungen auseinander. Produktionsanlagen sind weit über den normalen Bedarf hinaus vorhanden, von denen ein

gut Teil ungenutzt steht. In einer Not- und Übergangszeit braucht wahrlich nicht neu investiert zu werden.

Ganz besondere Aufmerksamkeit ist den Handelsunkosten zuzuwenden. Hier könnte sicher sehr viel zugunsten eines geringeren Endpreises eingespart werden. Unser Handel ist überorganisiert, enthält vielzuviel Zwischeninstanzen, deren jede für sich am Einzelstück überverdient. An manche Händler bezahlt die Allgemeinheit eine luxuriöse Arbeitslosenunterstützung. Sie sollten im Interesse der Preisbildung verschwinden. Die Handelsvorschriften der Kartelle, gegen die mancher vernünftige Kaufmann sich sträubt, stehen der Entwicklung immer noch im Wege.

Die Sonderaufschläge im Endpreise sind recht verschiedenartig. Vor allem gehören dorthin die steuerliche Belastung und die Ausgleichsspanne für die unterbewerteten Ausfuhrprodukte. Für die Steuern gilt durchaus nicht der scheinbar so einfache Satz, daß um so mehr einkommt, je höher die Besteuerung im Einzelfall gelegt wird. Zu hohe Steuern drosseln den Verbrauch, schrecken den Käufer ab, und der Ertrag wird geringer als er bei mäßigem Steuersatz wäre. Neueste Meldungen über den Rückgang der Steuereingänge bestätigen diese Ansicht. Das rechte Maß zu treffen ist Sache der Fachmänner. Die Erhöhung der Preise zum Ausgleich der Ausfuhr muß in schärfster Untersuchung genommen werden. Selbstverständlich muß unsere Ausfuhrbilanz möglichst hoch aktiv gehalten werden. Es wäre höchst schmerzlich, Märkte wieder zu verlieren, die wir unter übergroßen Anstrengungen nach dem Kriege erworben haben. Aber über alles geht das Leben des Volkes. 80% der deutschen Produktion verbleiben dem Binnenmarkt. Dieser hohe Anteil rechtfertigt die Forderung, daß auf die Pflege der Binnenmarktverhältnisse mindestens dieselbe Sorgfalt verwandt und Rücksicht genommen werden muß, wie auf Außenhandelsinteressen. Es geht um die glückliche Ordnung der Gesamtinteressen unserer Bevölkerung.

## Zollunion — ein Europa-Problem.

Als am 21. März die Vereinbarung einer deutsch-österreichischen Zollunion bekanntgegeben wurde, ging ein befreiendes Aufatmen durch die beiden beteiligten Länder. Endlich schien der Tag gekommen, an dem die Brüderölkler, deren politische Vereinigung nur durch die Friedensdiktate hintangehalten wird, sich die Hand reichen könnten, um wenigstens wirtschaftlich die hemmenden und trennenden Grenzpfähle zu beseitigen. Hauptsächlich aus diesem Grunde war die Freude über das unerwartete, ganz im Stillen vorbereitete Ostergeschenk, das uns der Reichsaußenminister von seinem Wiener Besuche mitgebracht hatte, in Deutschland und Österreich so allgemein und groß. Von vielen wurde die Beseitigung der deutsch-österreichischen Zollschranken als eins der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ereignisse der Nachkriegszeit, ja sogar als ein Frühlingserwachen aus der schwersten aller Wirtschaftskrisen besungen. Für uns sollte es aber keine ungeteilte und dauernde Freude, noch nicht einmal eine Osterfreude werden. Dafür sorgten die lieben Nachbarn, auf die das ganz im geheimen ausgebrütete deutsch-österreichische Österei wie ein rotes Tuch auf wütende Stiere wirkte. Schäumend vor Wut und Überraschung verkündete das siegreiche Frankreich mit seinen Trabanten, daß die deutsch-österreichische Zollunion ein weltpolitisches Problem ersten Ranges sei, „geheiligte“ Verträge verleihe und mit der Sicherheit auch den Frieden Europas gefährde. Um schlimmere Ausfälle der ehemals Verbündeten zu verhüten, setzte England die Beratung dieser Frage auf der Frühjahrstagung des Völkerbundes durch. Auf diese Weise ist die deutsch-österreichische Zollunion zu einem europäischen Problem geworden.

Ist eine solche Begeisterung auf der einen Seite, Aufregung auf der anderen Seite durch den Handelsvertrag an sich gerechtfertigt? So fragt sich jeder, der daran denkt, daß Österreich doch nur eins der kleinsten und ärmsten Länder Europas ist. Der Fläche nach ist es nur annähernd ein Fünftel, der Bevölkerungszahl nach gerade ein Zehntel so groß wie Deutschland. Dabei ist es als Kriegsverlierer von den Folgen der Friedensdiktate wirtschaftlich viel schwerer getroffen als Deutschland, weil ihm neben den Bodenschätzen und den Produktionsanlagen auch die wirtschaftliche Einheit fehlt. Für die deutsche Wirtschaft hat der Handelsverkehr mit Österreich zahlenmäßig eine ganz untergeordnete Bedeutung. Nur 3,9 % der deutschen Gesamtausfuhr gingen 1930 nach Österreich, nur 3,1 % der in Deutschland

eingeführten Waren kamen aus dem Donaulande. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich der Handelsverkehr nach völliger Beseitigung der Zollschranken lebhafter entwickelt, so dürfen wir uns doch darüber nicht hinwegtäuschen, daß das verarmte Österreich der deutschen Wirtschaft nur wenig helfen können.

Nicht durch den praktisch möglichen Wirtschaftserfolg, sondern nur durch ihre handelspolitischen Wirkungen erhält die deutsch-österreichische Zollunion ihren eigentlichen Wert. Wenn sich auch durch sie die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Österreich erfreulich verbessern werden, so kann der Hauptzweck dieser Zollunion doch nur darin gesehen werden, daß mit ihr der erste Versuch gemacht wird, die wirtschaftliche Schicksalsfrage Europas praktisch auf einem kleinen Teilgebiete zu lösen. Nur in diesem Sinne, dann aber auch mit Recht läßt sich sagen, daß die deutsch-österreichische Zollunion das wichtigste wirtschaftspolitische Ereignis der Nachkriegszeit ist.

Jeder weiß, daß die Verarmung, nicht zuletzt auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise Europas hauptsächlich eine Folge des wirtschaftlichen Nationalismus der Nachkriegszeit ist. Jeder Staat, neben den alten auch alle durch die Friedensverträge neu geschaffenen, suchte sich eine vom Ausland möglichst unabhängige Volkswirtschaft zu entwickeln. Das war nun möglich durch gegenseitige Absperren. Hinter unübersteigbaren Zollmauern wurden in allen Ländern Industrien und Agrarproduktionen treibhausartig emporgezüchtet. Das Bewußtsein, vom Auslande unabhängig zu sein, mußten alle europäischen Länder mit überhöhten Preisen und Produktionskosten bezahlen. Der Erfolg war, daß der internationale Handel Europas mehr ein Krieg als ein Austauschprozeß wurde. Der Außenhandel wurde zu einem Ventil, das nur geöffnet werden konnte, wenn die Preise weit unter den Gesteherungskosten lagen. Der Hauptgewinner aus der Zollabspernung war Amerika, das seinen Anteil am Welthandel auf Kosten Europas um mehr als 10% erhöhen konnte.

Nicht nur für Europa als Ganzes, sondern auch für jedes einzelne Land mußte die Emporzüchtung des wirtschaftlichen Nationalismus unübersehbare Wirtschaftsschäden zur unbedingten Folge haben. Das hatten die Einsichtigen schon kurz nach Kriegsende erkannt. Die Konferenzen von Brüssel und Genua, die Paneuropa-Bewegung Coudenhove-Calergis, das Wirtschaftsmanifest vom Oktober 1926 und

Entschließungen der Internationalen Handelskammer und des Völkerbundes waren die ersten, theoretischen Versuche, um durch eine wirtschaftliche Überbrückung nationaler Schranken die wirtschaftliche Dorkriegsstellung Europas wiederzugewinnen. Es war vorzusehen, daß diese ersten Ansätze durch die politische Vergiftung aussichtslos bleiben mußten. Praktischen Erfolg erhoffte man nach den vielen Fehlschlägen von der Weltwirtschaftskonferenz, die auf Beschluß des Völkerbundes am 4. Mai 1927 in Genf zusammentrat. Auf Grund umfangreicher Spezialuntersuchungen waren die Sachverständigen, Theoretiker und Praktiker, zu dem Ergebnis gekommen, daß Europa nur durch einen allgemeinen Abbau der Zollschranken vor großen Wirtschaftsstörungen bewahrt werden konnte. Gespannt horchten alle Regierungen auf diese Stimmen aus dem Genfer Reformationsaal, der zum zweiten Male in der Geschichte Zeuge einer großen Erneuerung zu werden schien. Allgemein war man befriedigt über die freimütige Sprache, mit der hier die wirtschaftlichen Leiden Europas und die Wege zur Besserung aufgezeigt wurden. „Wir wissen, daß die Zeit kommen wird, da die Menschheit durch unser Werk glücklicher sein wird.“ Mit diesen hoffnungsvollen Worten kennzeichnete der belgische Vorsitzende Theunis treffend die große Bedeutung der „Empfehlungen“ der Sachverständigen.

Vielleicht war es nicht nur ein Zufall, daß Amerika, damals noch das Wunderland, als amtlichen, aber stillen Beobachter gerade den Bankier Robinson entsandt hatte. Vielleicht erkannte dieser besser als alle anderen, daß die wirtschaftlichen Untersuchungen doch nur Robinsonaden, Phantasien waren. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß all die Arbeit der Weltwirtschaftskonferenz praktisch ergebnislos gewesen ist. Der einzige Erfolg, den die Empfehlungen zum Abbau der Zölle bisher gehabt haben, ist eine weitere Zollsteigerung in allen Ländern. Mit dem Fortschreiten der allgemeinen Wirtschaftskrise sind auch die Zollsätze in den wichtigsten Industrie- und Agrarländern erhöht. Die Industrieländer glauben sich vor der Einfuhr von Agrarprodukten, die Agrarländer vor eingeführten Industriewaren schützen zu müssen. Daneben werden die Zölle vielfach auch nur aus Vergeltung erhöht. Nach diesen Grundsätzen haben alle Länder ihre Zollmauern immer höher gebaut, wobei zu berücksichtigen ist, daß durch die Friedensverträge noch 12 000 km neue Landesgrenzen und Zollmauern geschaffen sind.

Heute ist die wirtschaftliche Verständigung Europas dringlicher als je zuvor. Denn inzwischen hat auch Amerika seine Zollmauern wesentlich erhöht. Die Vereinigten Staaten wollen sich gleichzeitig ihren riesenhaften Binnenmarkt vorbehalten und ihren Produktionsüberschuß nach Europa verkaufen. Neben die Milliarden Schuld- und Kapitalzinsen, die ganz Europa an sie zu zahlen hat, wollen sie auch noch durch die Ausfuhr Milliarden aus Europa herausholen. Den Ausgleich der Zahlungsbilanz denken sie sich durch Anleihen und andere Bezüge. Wenn bei zunehmender amerikanischer Ausfuhr die Einfuhr nach Amerika gedrosselt wird, dann muß in kurzer Zeit die europäische Verschuldung an Amerika ins Unermeßliche steigen oder aber der amerikanische Ausflugsverkehr nach Europa derartig zunehmen, daß jeder Amerikaner mindestens einmal jährlich alle europäischen Länder bereist. Anders ist auf die Dauer ein Zahlungsausgleich nicht möglich. Die Verschuldung aber setzt sich über Jahre, Jahrzehnte fort, wenn nicht bald eine Änderung eintritt. Davon wird nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa getroffen.

Schon auf der Weltwirtschaftskonferenz sahen die europäischen Sachverständigen diese Entwicklung vor Augen. Wahrscheinlich aus diesem Grunde bewahrte der amerikanische Robinson großes Schweigen. Aber die europäischen Wirtschaftler hatten noch kein Verständnis für weltwirtschaftliche Machtfragen. In kleinlichen politischen Tageskämpfen verbrauchten sie ihre ganze Kraft. Obschon die wirtschaftliche Verständigungsarbeit Europas von allen als existenznotwendig anerkannt ist, zeigt die Praxis, daß man das Gegenteil von dem als richtig Erkannten tut. Während sich die europäischen Staaten durch politischen Zank in immer größere Wirtschaftsschwierigkeiten hineinmanövrieren, machen die Vereinigten Staaten Amerikas das Geschäft.

Es hat zwar nach der Weltwirtschaftskonferenz nicht an weiteren Anregungen zur europäischen Verständigung gefehlt. Briands Europaplan, der auch im Mai auf der Europakonferenz zur Diskussion steht, ist der jüngste Versuch. Aber die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis waren immer so groß, daß sie nur schwer von einer Heuchelei zu unterscheiden sind. Deshalb hat Deutschland nach langem Warten mit der österreichischen Zollunion jetzt den ersten

praktischen Versuch gewagt. Nicht aus Eigenbrötlei, sondern gezwungen durch die Not. Als größtes Schuldnerland aller Zeiten muß sich Deutschland ein Wirtschafts- und Absatzgebiet schaffen, das die Grundlage zur Schuldzahlung bildet. Im Dawes- und auch im Young-Plan ist ausdrücklich festgelegt, daß die deutschen Reparationen nur aus Ausfuhrüberschüssen bezahlt werden können. Wie aber kann Deutschland ausführen, wenn alle Länder sich immer stärker absperren. Allein diese Frage ist mit der Zollunion zur Diskussion gestellt. Ihre Lösung ist eine Lebensfrage für Deutschland.

In wenigen Tagen wird sich der Völkerbundsrat mit diesem Problem befassen. Es wäre zu wünschen, daß auch die Politiker mit der derselben Sachlichkeit an die Lösung herangehen, mit der genau vor vier Jahren die Sachverständigen der Weltwirtschaftskonferenz über die Schwierigkeiten sprachen. Nur dann hat der Völkerbund seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Bei der deutsch-österreichischen Zollunion darf es nicht bleiben. Der Vertrag ist darauf eingestellt, auf andere Länder ausgedehnt zu werden. Ein gutes Stück seiner in den letzten Jahren verlorenen Stellung könnte der Völkerbund zurückgewinnen, wenn er hier die wirtschaftlichen Notwendigkeiten objektiv löste, wenn er von dieser Zollunion weiterging zur Revision anderer, aller europäischen Handelsverträge.

Die deutsch-österreichische Zollvereinbarung kann zu einem der größten Wirtschaftsprobleme Europas werden. Durch sie können die in den Archiven verstaubten Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz fruchtbringend in die Praxis überetzt werden. Wenn auch nur wenig Aussicht besteht, daß der Völkerbund diesen Vorteil erkennt und auszunutzen sucht, daß endlich einmal mit dem Mißbrauch der Wirtschaft durch nationalistische Politik Schluß gemacht wird, so wird Deutschland trotz aller Entscheidungen seinen handelspolitischen Weg unbeirrt fortsetzen müssen. Dazu ist es durch die Verträge, auf die sich Frankreich beruft, gezwungen. St.

## Die Deutsche Volksbank im Jahre 1930.

Der Geschäftsbericht der Deutschen Volksbank für das zehnte Geschäftsjahr 1930 gibt außer dem Aufschluß über das Unternehmen selbst eine Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse in dem Berichtsjahr. „Nach den Indexberechnungen des Instituts für Konjunkturforschung beträgt der Produktionsrückgang gegenüber dem Höhepunkt im Jahre 1929 ungefähr 33%. Der Produktionsumfang erreichte besonders in den letzten Monaten des Jahres 1930 den tiefsten Stand. Er ist in etwa zu vergleichen mit dem Durchschnitt des Krisenjahres 1926... Die Umsätze im Einzelhandel sind im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahre um rund 3 Milliarden Reichsmark auf 33 Milliarden Reichsmark zurückgegangen. Im Handwerk schätzt man den Rückgang des Umsatzes auf 1 bis 1½ Milliarden Reichsmark... Der Produktionsausfall und der verminderte Umsatz zogen eine starke Verschlechterung des Arbeitsmarktes nach sich, wie sich aus einer Beleuchtung der Erwerbslosenziffer ergibt... Zu den gemeinhin bekannten Gründen der trüben Erscheinungen im Wirtschaftsleben sind im Berichtsjahre noch einige neue hinzugekommen. Der Ausgang der Reichstagswahl und ihre Begleiterscheinungen ließen uns das Schauspiel erleben, daß der Zustand der deutschen Wirtschaft von den radikalen Gruppen in den trübsten Farben geschildert wurde. Die Folge davon war eine Verstärkung der Vertrauenskrise. Wir erhielten nicht nur kein Geld mehr zu erträglichem Zinsfuß, sondern ein wesentlicher Teil des deutschen Kapitals flüchtete nach der Schweiz, nach Luxemburg, Holland usw. Diese Vertrauenskrise, die erst jetzt Frühjahr 1931 nach einer gewissen Ordnung der politischen Dinge (des Etats usw.) langsam abflaute, brachte naturgemäß den Zusammenbruch vieler Unternehmungen und die Entlassung immer mehr arbeitswilliger und arbeitsfähiger Menschen mit sich... Die Preis- und Lohnentwicklung wird dann berührt. Die Großhandelsindexziffer für das Deutsche Reich betrug gegenüber dem Jahre 1913, das mit 100 angenommen ist, abgestellt auf den Gesamtindex 124,6, während der Gesamtindex im Jahre 1929 noch 137,2 und 1928 140,0 betragen hatte... Der Lebenshaltungsindex ist — 1913/14 gleich 100 gesetzt — seit dem Jahre 1929 nicht unerheblich gesunken. Gegenüber dem Höchststand von 156,5 im März 1929 sank er im Dezember 1930 auf 141,6 und im März 1931 auf 137,7; das ist März 1931 gegen März 1929 eine Differenz von 18,8 Punkten oder rund 12%.

Die Verdienste der Arbeitnehmer, insbesondere die Akkordverdienste, haben dagegen in den meisten Wirtschaftszweigen eine größere Senkung erfahren."

Die geschilderte wirtschaftliche Depression kommt auch in dem eigentlichen Geschäftsbericht zum Vorschein. . . Die Gesamtumsätze haben sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahres gehalten; sie belaufen sich auf 481 Millionen Reichsmark. Die Umsätze betragen:

im Kontokorrentverkehr	RM 113 428 000,—
im Bank-Kontokorrentverkehr	" 90 077 000,—
im Kassenverkehr	" 49 269 000,—
im Reichsbank- und Postscheckverkehr	" 119 629 000,—
im Wechsel- und Scheckverkehr	" 23 454 000,—

Die Aufwärtsentwicklung der Spar- und Depositenkonten war im Berichtsjahr geringer als im Vorjahr, besonders gegen Ende des Jahres. Es ist trotzdem ein Zeichen für den Sparwillen der minderbemittelten Schichten, daß sich die Gesamteinlagen von RM 14 734 594 Ende 1929 auf RM 15 571 898,— Ende 1930 gesteigert haben.

Der ausgewiesene Reingewinn beträgt 127 133 RM. In Ansehung der ungeklärten Verhältnisse in der Entwicklung der Wirtschaft und in der Bewertung der Immobilien wird vorgeschlagen, von der Verteilung einer Dividende Abstand zu nehmen, 120 000 RM auf Kontokorrentreserve zu übernehmen und den Rest von 7 133 RM auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Deutsche Volksbank konnte zur Förderung des Wohnungsbaues — wie früher so auch im Berichtsjahr — wieder helfend eingreifen. Durch starken Verkauf von Hypothekengoldpfandbriefen konnte sie für den Wohnungsbau wieder größere Hypothekenbeträge besorgen. Außerdem wurden — wie bisher — in starkem Maße Zwischenkredite für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Infolge geringeren Zugangs von langfristigen Geldern konnten leider nicht alle Wünsche erfüllt werden.

Über die Entwicklung der ersten Monate im neuen Geschäftsjahr wird berichtet, daß sich das Effekengeschäft bemerkenswert belebt hat. Der Absatz in festverzinslichen Werten war bisher gut. Die Umsätze in den anderen Geschäftszweigen bewegten sich auf der Linie des vergangenen Jahres; die Einlagen auf Spar- und Depositenkonto vermehrten sich wieder.

## Aus unserem Deutschen Versicherungskonzern.

Im April d. Js. tagten die Generalversammlungen nachstehender zu unserem Deutschen Versicherungskonzern (Berlin-Friedenau, Hähnelstraße 15 a) gehörigen Gesellschaften, um über die Jahresbilanzen zu beschließen. Die Geschäftsergebnisse des Jahres 1930 waren für beide Gesellschaften trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse wieder befriedigend.

Die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft konnte im Geschäftsjahre 1930 einen Überschuf erzielen, der unter Berücksichtigung der Vorträge den vorjährigen noch um rund 37 000 RM übersteigt. Ihre Prämieinnahme (einschl. aller Nebenleistungen) stieg von 10,04 Millionen Reichsmark im Vorjahre auf über 11 Millionen Reichsmark im Berichtsjahre, die Einnahme aus Kapitalerträgen von 630 000 RM im Vorjahre auf 860 000 RM. Die Prämienreserve beträgt 15,15 Millionen Reichsmark. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist in den Gesamteinnahmen 27,6 Millionen Reichsmark aus. Die Gesamtkтива der Gesellschaft betragen 21,4 Millionen Reichsmark. Trotz reichlicher Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von 839 000 RM. Die Gewinnreserve der Versicherten beträgt rund 1,94 Millionen Reichsmark. An Versicherungsleistungen einschließlich der Rückvergütungen und Zuwendungen an Gewinnanteilen waren 2,66 Millionen Reichsmark erforderlich.

Die Prämien dividende für die Versicherten beträgt 20 Prozent der Jahresprämie. Die Aktionärs dividende wird mit Rücksicht auf den gemeinnützigen Charakter der Gesellschaft wiederum nur mit ihrem sachungsgemäßen Höchstbetrage von 4 Prozent des eingezahlten Grundkapitals gewährt. Der summenmäßige Lebensversicherungsbestand, der Ende 1930 rund 246 Millionen Reichsmark betrug, hat sich inzwischen bereits auf weit über 250 Millionen Reichsmark erhöht.

Die Deutsche Feuerversicherungs Aktien-Gesellschaft, die auch die Einbruchdiebstahl-, die Unfall- und Haftpflicht-Versicherung, sowie die Kraftfahrzeug-Versicherung betreibt,

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Für die Zeit vom 3. bis 9. Mai ist der 19. Wochenbeitrag fällig.

erzielte bei einer Gesamtprämieinnahme von rund 2,37 Millionen Reichsmark einen Überschuf von rund 157 000 RM (im Vorjahre 118 000 RM). Einer besonderen Rücklage wurden 60 000 RM überwiesen. Danach konnte wieder, wie im Vorjahre, eine Aktionärs dividende von 8 Prozent des eingezahlten Grundkapitals verteilt werden. Schäden in Höhe von 998 000 RM zu decken.

Unsere beiden Gesellschaften sehen der weiteren Entwicklung mit den besten Erwartungen entgegen. Es ist allerdings Voraussetzung, daß alle unsere Mitglieder sich kräftiger als bisher für diese überaus wertvollen eigenen wirtschaftlichen Einrichtungen unserer Gesamtbewegung einsetzen und Mitarbeiter für sie werben.

### Lohn- und Tariffbewegung.

#### Das Berliner Holzgewerbe im Lohn- und Tarifkampf.

Der Schlichtungsausschuß Berlin hat für das Berliner Holzgewerbe, in dem seit längerer Zeit tarifloser Zustand herrschte, am 9. April einen Schiedspruch gefällt, der unter der Berliner Holzarbeiterschaft große Erregung hervorgerufen hat. Der Schiedspruch sieht einen Lohnabbau von 8% vor. Er übersteigt somit den in den übrigen Bezirken vereinbarten Lohnabbau. Was durch die im Schiedspruch festgelegten tariflichen Bestimmungen der Holzarbeiterschaft zugemutet wird, spottet jeder Beschreibung. Die Formulierung einzelner Paragraphen geht weit über die Forderungen der Arbeitgeber hinaus.

Während der seit dem Jahre 1925 bestehende Tarifvertrag Überarbeit unter der Voraussetzung der Mitbestimmung der Betriebsvertretung zuließ, bestimmt § 6 des neuen Vertrages: „Die Arbeitnehmer sind zur gesetzlich zugelassenen Überarbeit verpflichtet.“ Das gleiche, § 8, für die Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Durchführung von Überstunden hielt der Schlichtungsausschuß scheinbar für überflüssig. Der bisherige Vertrag besagte weiter, daß als Maschinenarbeiter zu gelten haben die Arbeiter, „welche nachweislich 1 Jahr an Holzbearbeitungsmaschinen tätig waren und die ihnen anvertrauten Maschinen instandzuhalten vermögen“. Nach dem Schiedspruch gelten nur die Maschinenarbeiter als Facharbeiter, „die mindestens 1 Jahr lang ununterbrochen Holzbearbeitungsmaschinen bedient haben, die Werkzeuge schärfen, einsetzen, die Maschinen selbständig einrichten und instandhalten sowie alle an ihren Maschinen vorkommenden Arbeiten selbständig ausführen“. Daburch wird ein erheblicher Teil unserer Kollegen, die bisher Entlohnung als Facharbeiter zu beanspruchen hatten, zum Hilfsarbeiter degradiert. Außerdem enthält der Schiedspruch die Bestimmung, daß alle Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis 4 Monate nach dem Eintritt der Fälligkeit verjähren. Die Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Betriebsvertretung (Betriebsobmann), die der bisherige Tarifvertrag enthielt, sind im neuen Vertrag nicht zu finden. Aber nicht genug damit, daß man unseren Kollegen diese Verschlechterungen zumutet. Auch die Ferienbestimmungen wurden revidiert und zwar so, daß Ferien praktisch nicht mehr beansprucht werden können. Bisher hatten unsere Kollegen Anspruch auf Ferien, nach halbjähriger Beschäftigung in Höhe von 3 Tagen, steigend bis zu 7 Tagen nach 4½-jähriger Beschäftigungszeit. Jetzt soll der Anspruch auf Ferien erst nach 1-jähriger ununterbrochener Beschäftigung im Betriebe entstehen. Die Höchstzahl der Ferien beträgt 7 Arbeitstage und wird erst nach 7-jähriger Beschäftigung gewährt. Das Lohnabkommen soll Geltung haben bis zum 31. August 1931, der Tarifvertrag bis zum 15. Februar 1933.

In der Begründung, die dem Schiedspruch beigegeben ist, wurde unter anderem folgendes ausgeführt: „Der bisherige Manteltarifvertrag und das letzte Lohnabkommen lassen sich nicht aufrecht erhalten, wenn der Wiederaufbau der zusammengebrochenen Holzwirtschaft nicht ershwert, vielleicht sogar unmöglich gemacht werden soll.“ Demnach ist der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses der Meinung, der Berliner Holzindustrie durch die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft helfen zu können.

# Jugendbewegung — Verbandsjugend.

**Jugend.** Jugend ist vorwärtstürend, erobernd. Sucht Neuland und will nicht dort bleiben, wo sie nun einmal steht. Sie hat ein Ziel, das sie mit all ihren Kräften zu erreichen versucht. Der ältere Mensch arbeitet sich demgegenüber zäh zur Höhe empor, er beharrt auf seinem Plage und kennt die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt. Er ist ruhiger, überlegter und besonnener. Aus diesem Unterschiede heraus erklären sich viele Gegensätze, die fast immer da entstehen, wo ältere und jüngere Menschen in gemeinsamer Front zusammenarbeiten. Aber diese Verschiedenheiten sind richtig verstanden gar kein Übel, sie dienen der Ergänzung. Eins jedoch ist notwendig: Alter und Jugend müssen wissen, daß sie ihre Aufgaben nicht gegeneinander, sondern nebeneinander zu erfüllen haben. Gerade der ältere im Erwerbsleben stehende Mensch soll dem jüngeren Freund und Helfer sein, ihm die Wege zeigen, die er gehen muß und, wenn es notwendig ist, ihm auch an der Arbeitsstätte ein tatkräftiger Schützer sein. Im Berufsleben fehlt es der Jugend vielfach an der rechten Erfahrung. Sie ist deshalb hier für Belehrung und Rat besonders dankbar. Dieses Einstehen des Älteren für den Jüngeren schafft andererseits das Vertrauensverhältnis, das im Leben selbst ein tatkräftiges Zusammenarbeiten ermöglicht. Gewiß, die Jugend hat ihre eigenen Formen, hat ihren eigenen Lebensstil. Das ist gut. Denn lebendige junge Menschen sind sich ihrer Eigen- und Sonderart bewußt. Aber hier gibt es Grenzen. Wenn sie überschritten werden, entsteht ein wirres Durcheinander, wird aus der Ordnung Unordnung. Ich kenne Jugendkundgebungen, die jugendfrisch aufgezogen waren, solche, die auch auf ältere Menschen einen nachhaltigen Eindruck ausübten. Beispielsweise ein Sprechchor, der vernehmlich das Wollen der neuen Jugend verkündete. Ich kenne das Gegenteil. Sogenannte Jugendkundgebungen, die wohl radikal aufgezogen waren, die aber in Wirklichkeit doch nichtsagend blieben. Mit dem Schimpfen auf die Alten ist noch nichts gewonnen. Es kommt auf die Tat an. Jugend bewährt sich nicht in großen Worten, sondern im Alltag. In ihrem Verhalten von Mensch zu Mensch. Was nützt da einer, der schöne Worte machen kann, der aber seinen Kameraden übervorteilt oder ihn in der Stunde der Gefahr im Stiche läßt? Die Jugend hat das Recht, Verbesserungsvorschläge zu machen. Aber der junge Mensch muß zeigen, was er selbst leisten kann. Sonst wird er leicht zum inhaltlosen Schwäger. Unsere Zeit braucht Menschen, die der schweren Wirklichkeit gerecht werden. Solche sollten die einzelnen Jugendgruppen heranbilden. Das ist ihre Aufgabe. Jugend ist im Grunde hoffnungsfreudig. Das ist gut so. Es gibt immer Menschen, die nur trübe sehen und pessimistisch in die Zukunft blicken. Kommt ein arbeitsloser Kamerad zu ihnen, so richten sie ihn nicht auf, sondern klagen mit ihm. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Denn wenn wir auch die vorhandenen Schwierigkeiten sehen müssen, so können wir doch nur Verbesserungen erreichen, wenn wir auf die eigene Kraft vertrauen. Jugend hat ein Recht auf Frohsinn, auf den Glauben an die Kraft und Macht ihres Willens. Wenn sie frohe Lieder singend mit ihren bunten Wimpeln durch die Straßen zieht, dann merkt man etwas von dem Herannahen einer neuen Zeit, deren Künster sie sein will. Eins darf nicht vergessen werden: Jugend befindet sich noch in der Ausbildung. Sie soll lernen. Vor allem in ihrer Facharbeit. Denn hier wird ein wichtiger Grundstein für das spätere Leben gelegt. Gerade die kommende Zeit verlangt nach Menschen, die in ihrem Berufe etwas verstehen. Der Stümper wird sich nicht emporarbeiten. Darüber hinaus aber heißt es für das Leben überhaupt lernen. Sich über wirtschaftliche und politische Dinge und dergl. mehr unterrichten. Der ältere hat hier aus seiner längeren Erfahrung heraus die Aufgabe, Lehremeister zu sein. Ein wichtiges Feld der Zusammenarbeit ist gegeben. Und vor allem eins: Die Jugend entscheidet darüber, wie später der Mann aussehen wird. Ob er Verantwortung kennt oder nicht. Ob er Opfermut besitzt oder nicht. Ob er Gemeinschaftsgeist hat oder nicht. Männer brauchen wir aus allen Schichten des Volkes, die ihre selbstsüchtigen Wünsche zurückstellen können, um der Allgemeinheit zu dienen. Auf diese Charakterbildung müssen die Jugendgruppen selbst Wert legen. So wächst die Jugend in das Leben hinein. Wird Bannerträger einer neuen Zeit. Junge und ältere Generation haben ein verschiedenes Aufgaben-

gebiet. Beide gehören zusammen. Aus ihrer gemeinsamen Arbeit wächst das Werk heraus. Große Aufgabengebiete in Wirtschaft und Politik liegen vor uns, die junger, unverbrauchter Kräfte bedürfen. Möge die Jugend die Zeichen der Zeit richtig verstehen!  
bgr.

## Jugend, hinaus ins Freie!

Von H. M. Vogel.

Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen führt am 17. Mai einen einheitlichen Reichswerbetag für Jugendherbergen und Jugendwandern durch. Diese Gelegenheit wollen wir benutzen, um unseren Lesern erneut durch die nachstehende Abhandlung eines eifrigen Jugendherbergfreundes einen Einblick in die Bedeutung dieses Werkes für die werktätige Jugend zu geben und sie aufzufordern, sich nach besten Kräften für die Unterstützung dieser volkswichtigen Bestrebungen einzusetzen.

### Die Schriftleitung.

Wenn wir schreiten Seit an Seit . . ., so klingt es schon am frühen Morgen durch die Straßen der Stadt. Eine Schar junger Burschen mit leuchtendem Blick zieht hinaus. Den flatternden Wimpel voran. Jetzt sind sie neben mir. Da kann ich auch die Inschrift auf ihrem Wimpel lesen. Eine Gewerkschaftsjugendgruppe ist es. Junge Arbeiter, die den Sonntag über hinauswandern in Feld und Wald, die fernab vom Lärm des Alltags und vom Getriebe der Stadt sich an der Natur erfreuen, die ihren Körper stärken und kräftigen wollen in Licht und Luft.

So ist es recht. Gerade für dich, erwerbstätige Jugend, sind Bewegung und Aufenthalt im Freien bitter notwendig. Tag für Tag steht ihr am Webstuhl oder Spinnrad, an der Hobelbank und am Schraubstock. Die Arbeit gräbt eurem jungen Körper schon früh ihre Spuren ein. Da gibt euch der Aufenthalt in Feld und Wald neuen Mut, neue Kraft, den Kampf mit dem Leben zu bestehen. Da ertönt aufs neue aus frischen Kehlen: „Wir wollen zu Land ausfahren, über die Fluren weit.“ Nun steigt auch in mir der Wunsch auf, mitwandern zu können, um ebenfalls die Schönheit des Sommertags draußen an irgendeinem schönen Fleckchen Erde zu genießen, um im Schatten des Waldes an einsamer Stelle neue Kraft zu sammeln, um am munteren plätschernden Bächlein dem Vogelsang zu lauschen. Doch heute geht es nicht, vielleicht ein andermal!

Aber so viele junge Menschen haben vielleicht die Gelegenheit zum Wandern und benutzen sie doch nicht. Du und deine Freunde, gehört ihr auch dazu? Kennt ihr den Zauber der Natur? Seid ihr schon einmal hinausgewandert im Kreise froher Menschen, durch blühende, sonnige Heide, durch schweigenden Wald? Freunde, versucht es einmal! Macht in eurer Gruppe einmal einen solchen Vorschlag. Wenn auch erst wenige bereit sind mitzumachen, dann versucht es mit den wenigen. Macht es wie andere Jugendgruppen, die am frühen Morgen schon ins Freie wandern. Und dann erzählt euren Freunden, die noch nicht für den Plan zu gewinnen sind, von der Wanderung. Erzählt ihnen vom gemeinsamen Spiel im Freien, von dem Erlebnis der ersten Übernachtung in der Jugendherberge. Ihr werdet sehen, euer Beispiel findet Nachahmer. Macht nur mal den Anfang! Laßt euch nicht von Kameraden, die das Wirtschafts und das Kino mehr lieben als die Natur, von eurem Plan abhalten. Ein junger Mensch, der den Sonntag und die Freizeit in der Natur verlebt, kann auch ein froher und heiterer Mensch sein.

Doch die Wanderung ist nicht nur eurer Gesundheit, eurem jungen Körper dienlich. Sie weitet auch euren Blick. Und gerade ihr als junge Menschen habt das notwendig. Da lernt ihr auf der Wanderung so manches Neue kennen, was euch für euer späteres Leben vielleicht von Nutzen sein kann. Ihr lernt die Anschauungen fremder Menschen kennen, hört deren Meinungen und Ansichten. Welcher junge Kerl hätte wohl nicht den Wunsch, seinen Gesichtskreis auf diese Art und Weise zu erweitern, sein Wissen zu bereichern? Wohl kaum einer. Wohlan denn, so fahrt und wandert am freien Sonntag hinaus! Wer viel wandert, wird viel erleben. Das Wandern ist eine gute Schule der Bildung. Benutzt diese Möglichkeit, macht euch stark und gesund an Körper und Geist für den Kampf des Lebens!

## Wege zu Glück und Erfolg.

Aus der Weltliteratur.

„Wenig Dinge sind mir wunderbarer, als daß alte Leute nie den Jungen sagen, wie kostbar ihre Jugend ist!“ (Ruskin.)

\*

„. . . Wer sich Reue und unwürdige Klagen im Alter ersparen will, muß als Jüngling anfangen, seine Zeit nützlich zu verwenden, das heißt zunächst, keine Stunde ganz ungenutzt zu verlieren. . .“ (v. Giszki, „Aufwärts aus eigener Kraft.“)

\*

„. . . Die Jugend, die nicht aufwärts blickt, blickt hinab, und der Geist, der sich nicht aufwärts schwingt, ist vielleicht nur zum Kriechen bestimmt.“ (Disraeli.)

\*

„. . . Wir werden immer zu wenig wissen, in jedem Beruf, in jeder Lebenslage. Um so notwendiger werden wir für das wirklich wichtige „Wissen“ zu sorgen haben. . .“ (Schwenk, „Schaffensfreude und Lebenskunst.“)

\*

„. . . Um reich, berühmt, gelehrt oder tugendhaft zu werden, dazu braucht es in jedem Falle ein einheitlich geordnetes Streben, das keine Konkurrenz eines Nebenzweckes duldet. . .“ (Hiltey, „Glück.“)

\*

„. . . Ohne Arbeit. . . kann ein Mensch nicht leben; er entartet und sinkt zu einem Tier hinab. . .“ (Dostojewski.)

\*

(Fortsetzung von Seite 149)

Wir sind der Auffassung, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. In der Begründung heißt es dann weiter: „Erst die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Monate wird zeigen, welcher Lohn letzten Endes für die Berliner Industrie tragbar ist.“ Ist das die Ankündigung des zweiten Lohnabbaues, der nach Ablauf des Lohnabkommens (31. August) eintreten soll?

Unsere Kollegen haben in ihren Bezirksversammlungen und durch ihre Vertrauensleute den Schiedspruch einmütig abgelehnt. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht gewillt sind, auch in der jetzigen Zeit sich einem Schiedspruch zu beugen, der sich nicht viel von dem Diktat eines Scharfmachers unterscheidet.

**Lohn- und Tarifregelung im Bereich des Bezirksvertrages mit dem Verein der Holzbearbeitungsfabrikanten im Industriegebiet E. V., Essen, durch Schiedspruch.** Nachdem wiederholte Verhandlungen mit dem Verein der Holzbearbeitungsfabrikanten im Industriegebiet ergebnislos verlaufen sind und auch der Schiedspruch vom 12. März 1931 wegen angeblich juristischer Formfehler nicht für verbindlich erklärt wurde, mußte ein neues Schiedsverfahren eingeleitet werden. Dieserhalb fanden am 30. April 1931 vor dem Schlichter in Dortmund erneute Verhandlungen statt, die zu einer Neuregelung des Tarifes durch Schiedspruch führten, die im wesentlichen derjenigen für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe entspricht.

## Rundschau.

**Fachleute für Rußland.** Vorsicht bei Vertragsabschlüssen. Vom Verband Deutscher Diplom-Ingenieure, Berlin, wird der Tagespresse mitgeteilt:

Rußland hat nach wie vor einen starken Bedarf an Fachleuten, namentlich an hochqualifizierten und besonders erfahrenen Ingenieuren. Aber mit den wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland, durch welche die Träger technischer Berufe in ungewöhnlichem Ausmaß betroffen wurden, haben die Rätebehörden die Angestelltenbedingungen für deutsche Fachleute verschlechtert. Der jetzt von den Russen den Anstellungsverhandlungen zugrunde gelegte (dritte) „Mustervertrag“ enthält beispielsweise nicht mehr die frühere Bestimmung, daß ein Teil des monatlichen Gehalts unmittelbar an eine deutsche Zahlstelle in deutscher Währung gezahlt wird. Geht ein Angestellter auf die jetzige Gehaltsbestimmung des Vertrags ein, so arbeitet er in Rußland nur für seinen dortigen Unterhalt, da er Rubel weder wertbeständig anlegen noch ausführen darf.

„. . . Es gibt in jedem Menschen eine Kraft gleich der des Dampfes, und wer diese zu finden und zu gebrauchen versteht, kann mehr vollbringen als tausend andere vereinte Menschen.“

(Cud. Börne.)

\*

„. . . Wissen, das durch Arbeiten erworben wird, wird zum Besitztum, zu meinem Eigentum, das ganz ungeschmälert uns gehört. Eine größere Lebhaftigkeit und Dauerhaftigkeit der Eindrücke stellt sich ein, und Tatsachen, die dermaßen zur Kenntnis geworden sind, prägen sich in einer Weise ein, wie es durch einen gewöhnlichen Unterricht nie geschehen kann. Diese Art von Selbstbildung erweckt ferner auch Fähigkeiten und übt die Kraft. Die Lösung des einen Problems trägt dazu bei, das andere zu bemeistern; und so wird Kenntnis zur Begabung. . .“ (Smiles, „Selbsthilfe.“)

\*

Jede Arbeit, mag sie noch so niedrig, beliebt oder unbeliebt sein, mag sie Kopf oder Hand in Anspruch nehmen, ist als sittliche Pflicht und Vorbedingung wahren Lebensglücks aufzufassen und in Ehren zu halten.

(V. Böhmert.)

\*

**Willst Gutes du und Schönes schaffen,  
das lebensvoll das Leben mehre,  
mußt du dich ernst zusammenraffen  
und darfst nicht scheun der Arbeit Schwere;  
da hilft kein Schwärmen bloß und Hoffen,  
kein Traum von künftiger Entfaltung;  
nein, ringen mußt du mit den Stoffen  
und stark sie zwingen zur Gestaltung.**

(Jul. Hammer.)

Ferner sieht dieser Vertrag die entgeltlose Leistung von Überarbeit in nicht begrenztem Umfang vor. Zu beachten ist auch, daß selbst nach Abschluß des Vertrags durch die Moskauer Behörde diese den Vertrag noch ohne jede Entschädigung auflösen kann, wenn aus einer Untersuchung durch einen Vertrauensarzt eine „Untauglichkeit“ hergeleitet werden kann; selbst die Reisekosten zu dem (deutschen) Vertrauensarzt soll der Angestellte selbst tragen. Das sind nur einige Beispiele aus dem neuen „Mustervertrag“; sie dürften aber genügen, um alle Fachleute zur Vorsicht bei Vertragsabschlüssen zu mahnen. Niemand sollte einen Vertrag ohne Beratung durch sachkundige Stellen abschließen.

Dieser Mustervertrag soll auf sämtliche Dienstverträge, also auch auf Facharbeiter, angewandt werden. Bei Montgearbeiten in Rußland muß also darauf geachtet werden, daß wie bisher die Hälfte des Gehaltes in Valuta mit dem Überweisungsrecht nach Deutschland zugesichert wird.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Warendorf.** Unsere Ortsgruppe hatte in diesem Jahre zum erstenmal die Freude, drei Jubilare der Zahlstelle ehren zu können. Gleichzeitig konnte damit auch noch ein weiteres Jubiläum verbunden werden. Das Versammlungsleben unserer Zahlstelle hat sich seit 25 Jahren im gleichen Lokale abgespielt. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse wurde eine kleine Feier in bescheidenem Rahmen veranstaltet, zu der sich sämtliche Kollegen eingefunden hatten. Wegen des beschränkten Raumes mußte leider auf eine Teilnahme der Familienangehörigen sowie der umliegenden Zahlstellen verzichtet werden. Zur Freude aller Kollegen, ganz besonders aber der Jubilare und des Vorstandes, waren der Gauleiter, Kollege K u t s c h e i d t (Bochum) als auch der Bezirksleiter K a s p a r aus Münster anwesend. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung und des Gründungsprotokolls der Zahlstelle hielt der Vorsitzende, Kollege Pohlmann, eine kurze Begrüßungsansprache und hieß zugleich die Vertreter des Ortskartells willkommen. Anschließend nahm der Bezirksleiter die Ehrung der Jubilare vor, denen er im Namen des Zentralvorstandes Diplom und Ehrennadel überreichte. Mit anerkennenden Worten gedachte er der treuen Mitarbeit und Verdienste der Jubilare, besonders in den ersten Jahren der jungen Ortsgruppe. Den jungen Mitgliedern wurde eindringlich die Pflicht vor Augen geführt, das Werk im Sinne der älteren Kollegen treu zu wahren und tatkräftig auch in der Zukunft zu pflegen. Jubiläen dieser Art könnten immer nur dann gefeiert werden, wenn die Gründer der Zahlstelle trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge treu in gewerkschaftlicher Arbeit ausharren und sich nicht entmutigen lassen. Die

Namen der drei Jubilare und deren Wirken müßten den jüngeren Mitgliedern stets ein Beispiel sein, auch in Zukunft gewerkschaftlichen Geist zu pflegen. Die Kollegen Bellmann, Beyer und Verloh waren über die ihnen zuteil gewordene Ehrung sehr erfreut. — Der Gauleiter hielt in seiner Festansprache einen Rückblick auf die Anfangsbewegung und stellte Vergleiche an zwischen einst und jetzt. Er brachte den Kollegen in sehr anschaulicher Weise die Fortschritte der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Laufe der letzten 25 Jahre zum Bewußtsein und bat, trotz aller Arbeitslosigkeit und auch nicht vermeidbarer Schwierigkeiten, denen jede Bewegung ausgesetzt sei, auch in Zukunft unsern Verband durch Mitarbeit und Agitation zu stärken. Auch der Vertreter des Ortskartells sprach seinen Glückwunsch aus. Ein gemütliches Beisammensein, bei dem noch in ehrender Weise des „Verbandswirtes“ gedacht wurde, und der für weitere 25 Jahre treue Freundschaft und Obdach versprach, beschloß die in allen Teilen recht schön verlaufene Veranstaltung.

**Neumarkt/Obpf.** Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Von diesem Gedankengang war unsere am Samstag, den 25. 4. 1931, abgehaltene Mitgliederversammlung beseelt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Kollegen Dozer, gab dieser einen kurzen Bericht über die Vorwärtswicklung der Zahlstelle. Aus den Ausführungen konnte die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß die Zahlstelle einen dauernden Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat. Konnten doch allein in diesem Jahr 20 Neuaufnahmen und einige Übertritte für den Verband getätigt werden. Diese Vorwärtswicklung machte sich auch bei den diesjährigen Betriebsratswahlen stark bemerkbar. Im Sägewerk Pflöderer, wo wir diesmal eine eigene Liste einreichten, entfielen von 88 abgegebenen Stimmen 44 auf unsere Liste. Auch im Sägewerk Ehmann hatten wir wieder einen vollen Erfolg.

Nach diesen Ausführungen, die große Freude und Begeisterung bei den zahlreich anwesenden Kollegen hervorgerufen hat, ergriff Kollege Tezane (Nürnberg) das Wort. Nachdem der Referent die gegenwärtige Wirtschaftslage und die innen- und außenpolitischen Vorkommnisse der letzten Woche erörtert hatte, kam er auf das Hauptthema des Abends „die Bedeutung der Tarifverträge“ zu sprechen. Der Redner streifte zunächst die geschichtliche Entwicklung derselben und referierte dann über das Wesen der Verträge und ihre Bedeutung. Die Tarif- und Schlichtungsordnung wurde von den Gewerkschaften, die neben anderen die Aufgabe haben, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerschaft zu erzielen, erkämpft. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, die seit ihrer Gründung den Verständigungsgedanken bejaht hat, hat einen großen Anteil an dem Aufschwung des Tarifvertragsgedankens. Die Tarifverträge sind eine große Errungenschaft der neuen Zeit, denn sie helfen, die sozialen Gegensätze zu überbrücken und sichern den sozialen Frieden. Für die Arbeitnehmer sind die Tarifverträge von großem Vorteil, weil dieselben jedem einen bestimmten Lohn garantieren, und für die Arbeitgeber, weil sie auf längere Zeit hinaus disponieren und kalkulieren können. Mit den Worten des bekannten Sozialpolitikers der Vorkriegszeit, Staatsminister a. D. Berlepsch, „wer das Wort Tarifvertrag ausspricht, spricht ein Wort der sozialen Versöhnung aus“, schloß Kollege Tezane seine lehrreichen Ausführungen.

Nach einer regen Aussprache, in der besonders die Gauleitung erjucht wurde, den weiteren Lohnabbauforderungen des Arbeitgeberverbandes bayerischer Sägewerke für den Lohnbezirk Oberpfalz schärfste Abwehr entgegenzustellen, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung mit einem Appell an alle Anwesenden, weiter zu werben, bis der letzte Unorganisierte in unseren Reihen steht.

**Weeze.** Unsere Generalversammlung konnte wegen längerer Erkrankung des ersten Vorsitzenden, Kollegen van der Bogard, erst am

Sonntag, den 19. April, stattfinden. Er begrüßte die recht zahlreich Erschienenen, mit besonderer Freude auch etwa 20 Kolleginnen, und betonte, daß, solange er die Ehre habe die Zahlstelle Weeze zu leiten, man zum erstenmal auch Kolleginnen begrüßen könne. Nachdem der Jahresbericht für 1930 erstattet war, gab der Kassierer, Kollege Stammen, der gleichfalls längere Zeit erkrankt war, den Kassenbericht. Für seine mustergültige Kassenführung wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Verdick gab hierauf einen Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichter in Dortmund für die Firma Gerhard Geenen.

Die Vorstandswahl über die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, mit Ausnahme des Schriftführers, an dessen Stelle der Kollege Gerhard Frenke gewählt wurde. Beschlossen wurde noch, die jugendlichen Kollegen in einer besonderen Jugendgruppe zusammenzufassen.

Mit einer dringenden Mahnung, die bisher gezeigte Einigkeit auch für alle Zukunft zu bewahren und zu fördern, schloß der Vorsitzende die gut und anregend verlaufene Versammlung.

## Literarisches.

**Bautischler-Lehrgang.** Herausgeber Deutscher Ausschüß für Technisches Schulwesen, Datsch-Lehrmitteldienst, Berlin W 35, Potsdamer Str. 119 b. Neu erschienen Bautischler-Lehrgang Teil 3, Format A 5: 148×210 mm. Umfang 56 Seiten. Preis RM 2,65.

Auf die in den letzten Jahren herausgegebenen Lehrgänge für Maurer und Zimmerer ist nun auch für Bautischler ein Fachlehrgang fertiggestellt. Er ist mit seinem sorgfältig ausgewählten Inhalt in Form von mustergültigen Zeichnungen für den Meister und Lehrling, für die Werkstatt sowohl als auch für die Schule eine praktische Notwendigkeit. Die sowohl körperlich als auch werkstattmäßig übersichtlich zusammengestellten Zeichnungen mit ihren schlagwortartigen Erklärungen ersparen dem Meister und Lehrling viel Zeit, die sonst durch langwierige Unterredungen verloren ging. Außerdem geben sie dem Praktiker über manche bisher strittigen Fragen Aufklärung, sie zeigen die verschiedensten Ausführungsarten von Arbeitsverrichtungen und die vorteilhaftesten Lösungen mittels folgerichtiger Arbeitsgängen. Alles Wichtige auf dem Gebiet des Bautischlers, Rahmenglaser, Treppenbauers, des Fußbodenverlegers und der Absperntechnik wird behandelt. Fachleute haben an diesen Lehrgängen mitgearbeitet bzw. wertvolle Kritik geübt, ebenso sind sie von ersten Pädagogen wie Professor Kerschsteinner u. a. als besonders wertvoll anerkannt.

Der aus drei Teilen bestehende Lehrgang bringt im ersten Teil die Anfangsgründe der Tischlerei, die Gewinnung und Verwendung der Rohstoffe, die Instandsetzung und Verwendung der Werkzeuge, sowie die einfachsten Arbeitsverrichtungen und Holzverbindungsarten.

Im zweiten Teil ist die Gestaltung der Fenster und Türen gezeigt, auch ist das Maßnehmen und Einsetzen im Bau eingehend behandelt.

Der dritte Teil bringt ausführlich und instruktiv behandelt den gesamten Treppenbau vom ersten Aufriß der Treppe auf dem Schnürboden bis zum fertigen Aufstellen im Bau. Anschließend behandelt er noch den Innenausbau der Räume mit dem Einbau von Schränken und Deckenoberlichtern. Alles in allem ein Werk, das dem Handwerker und dem Schüler für die Fertigung gleich wertvoll ist.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telephonruf West 5 15 46. — Redaktionschluß ist Samstag-Mittag.

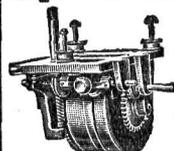
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Reichscheckkonto 7718 Köln.

Lest unsere Tageszeitung

„Der Deutsche“

Das Fachblatt für strebsame Tischler  
**Handwerkskunst im Holzgewerbe**  
Vierteljährlich 2 Mark

**Sprechmaschinen - Laufwerke**



zum Selbsteinbauen la. Doppelschneckenfederwerk (2 Stück 30-cm-Platten spielend) **Mk. 11.50**

nebst allem Zubehör nur  
**Regulateur- und Hausuhrwerke** sowie Tonführungen  
aus Holz und Metall nach Katalog

**Robert Husberg, Neuenrade N 9**